

II-1098 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

6.3.1968

539/J

A n f r a g e

der Abgeordneten F r ü h b a u e r und Genossen
an den Bundesminister für Bauten und Technik,
betreffend Bundesstraße 17, Ortsumfahrung Pöckau/Kärnten,

-.--.-

Unmittelbar bevorstehende Enteignungsverhandlungen auf Grund der geplanten Ortsumfahrung der Bundesstraße 17 in Pöckau waren Anlaß zu einer Protestversammlung, an der neben den von der beabsichtigten Maßnahme Betroffenen auch der Herr Bürgermeister Josef Nessmann für die Gemeinde Arnoldstein und Herr Ing. Rudorfer für die Landwirtschaftskammer Kärnten teilnahmen.

In der Aussprache wurde von den Betroffenen ausgeführt, daß die zurzeit beabsichtigte Trassenführung den Landwirten einen Großteil ihrer besten Nutzungsflächen nimmt und die Teilung der Grundstücke schwere wirtschaftliche Benachteiligungen in sich birgt.

Da es sich bei den Grundbesitzern durchwegs um kleinere, ohnehin existenzgefährdete Landwirte handelt, muß befürchtet werden, daß bei Verwirklichung der derzeit geplanten Trassenführung diesen die Existenzbasis überhaupt entzogen wird. Auch eine Reihe von Gewerbebetreibenden würde wirtschaftlich schwerstens geschädigt werden.

Als Alternative zu der von der Bundesstraßenverwaltung vorgesehenen Trassenführung wurde schon bei einer am 14. August 1966 mit dem seinerzeitigen Referenten für den Straßenbau in Kärnten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Ing. Truppe, durchgeführten Besprechung der Vorschlag unterbreitet, die Straße durch Abbruch bestehender Gebäude an der Ortsdurchfahrt in Pöckau selbst auf das vorgesehene Ausmaß zu verbreitern, ohne daß dadurch eine Existenzgefährdung eintritt. Die von dem Abbruch betroffenen Besitzer wären mit demselben einverstanden.

Fachleute vertreten den Standpunkt, daß diese vorgeschlagene Variante der Trassenführung durch Pöckau selbst kaum teurer zu stehen kommt als die von der Bundesstraßenverwaltung vorgesehene Trassenführung der Umfahrung, wobei erstere den Vorteil hätte, daß keine Zerschneidung des Landwirtschaftsgebietes und damit keine Existenzgefährdung eintreten würde. Bei der seinerzeitigen Aussprache wurde die Durchführung dieser von der Gemeinde und den Ortsbewohnern gewünschten Lösung zugesagt.

- 2 -

539/J

Ohne daß nun eine solche Durchrechnung der vorgeschlagenen Variante "Ortsdurchfahrt durch Pöckau" selbst erfolgt^e, begann man die Enteignungsverhandlungen einzuleiten.

Die Interessenten protestierten gegen diese Maßnahme, erinnerten an das seinerzeit gemachte Versprechen und ersuchten anläßlich einer Vorgesprache bei Herrn Landeshauptmann Sima am Donnerstag, den 22.2.1968, bei der endgültigen Festlegung der Trasse, doch den berechtigten Einwendungen der betroffenen Ortsbewohner von Pöckau Rechnung zu tragen.

Im Hinblick darauf, daß die Entscheidung über die endgültige Trassenführung für die hievon betroffenen Ortsbewohner von besonderer Bedeutung ist, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik folgende

A n f r a g e n :

Sind Sie bereit

1) den Auftrag zu erteilen, die von den Ortsbewohnern vorgeschlagene Variante "Ortsdurchfahrt durch Pöckau" selbst hinsichtlich der finanziellen Kosten durchrechnen zu lassen;

2) das eingeleitete Enteignungsverfahren bis zum Vorliegen des Ergebnisses dieser Durchrechnung zurückzustellen;

3) falls bei der Durchrechnung der von den Ortsbewohnern gewünschten Trassenführung keine Mehrkosten gegenüber der bereits projektierten Trassenführung zu verzeichnen sind, in der endgültigen Festlegung derselben zu Gunsten der Ortsbewohner von Pöckau zu entscheiden?

-.-.-.-